Deutscher Bundestag
11. Wahlperiode

Drucksache 11/5934

30. 11. 89

Sachgebiet 63

Entschließungsantrag

der Fraktion der SPD

zur dritten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1990

hier: Einzelplan 04
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes
— Drucksachen 11/5000 Anlage, 11/5554, 11/5581 —

Der Bundestag wolle beschließen:

Der KSZE-Prozeß ist und bleibt Herzstück der gesamteuropäischen Architektur und muß energisch vorangetrieben werden. Ziel des KSZE-Prozesses ist eine europäische Friedensordnung, die die Militärbündnisse ablöst.

Eine Politik der bündnisübergreifenden Gemeinsamen Sicherheit führt zu einer Europäischen Friedensordnung. Gemeinsame Sicherheit zielt abrüstungspolitisch auf die schrittweise Überwindung des Systems der wechselseitigen Abschreckung, auf die Abschaffung aller Massenvernichtungswaffen und eine drastische Verringerung der konventionellen Streitkräfte bis hin zur beiderseitigen strukturellen Angriffsunfähigkeit. Dazu gehört die erhebliche Senkung der Rüstungsausgaben, der stufenweise Abbau der Truppenstärken und der Wehrdienstdauer sowie ein allgemeiner Atomteststopp.

Der Deutsche Bundestag fordert den baldigen Abschluß eines ersten Abkommens bei den Wiener Verhandlungen. Über ein solches erstes Abkommen hinaus fordert der Deutsche Bundestag anschließende Verhandlungen mit dem Ziel des schrittweisen Abbaus der konventionellen Waffen und Rüstungen auf gemeinsame maximale Obergrenzen in Höhe von rund 50 Prozent des heutigen NATO-Niveaus für beide Seiten vom Atlantik bis zum Ural. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, in Abstimmung mit den Bündnispartnern binnen sechs Monaten entsprechende abrüstungspolitische Vorschläge unter Berücksichtigung ihrer militärstrategischen, bündnispolitischen und finanzpolitischen Auswirkungen vorzulegen.

Der Deutsche Bundestag lehnt die Stationierung neuer nuklearer Kurzstreckenraketen auf dem Boden der Bundesrepublik Deutschland ab. Er fordert die unverzügliche Aufnahme von Verhandlungen, deren Ziel die Abschaffung der atomaren Kurzstreckenraketen und der nuklearen Gefechtsfeldwaffen ist.

Der Deutsche Bundestag fordert den zügigen Abschluß eines weltweiten Abkommens über ein Verbot chemischer Waffen. Er erwartet, daß mit dem Abzug der chemischen Waffen vom Boden der Bundesrepublik Deutschland sofort begonnen wird und daß dieser Abzug bereits vor dem bisher mit der US-Administration vereinbarten Termin abgeschlossen wird.

Bonn, den 30. November 1989

Dr. Vogel und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 13 63, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51, Telefax (02 28) 36 12 75
ISSN 0722-8333